

13.06.2024

- In den Internationalen Ausschuss
- In den Sozialausschuss
- In den Kinder- und Jugendhilfeausschuss
- In den Gleichstellungsausschuss
- In den Verwaltungsausschuss

**Antrag**

gemäß § 34 der Geschäftsordnung  
des Rates der Landeshauptstadt Hannover

**Vulnerable Gruppen in Gemeinschaftsunterkünften schützen**

Die Verwaltung wird beauftragt, sich dem Thema Schutz und Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche, Frauen, LGBTIQ\*, Menschen mit Behinderungen und anderen vulnerablen Gruppen in Gemeinschaftsunterkünften, Wohnprojekten und Notunterkünften anzunehmen.

1. Betreiber\*innen-Ausschreibungen für Gemeinschaftsunterkünfte, Wohnprojekte und Notunterkünfte sind um den Punkt „Vorlage eines Konzepts zum Schutz vulnerabler Personengruppen“ zu ergänzen
2. Mitarbeiter\*innen von Kinder- und Jugendeinrichtung in freier Trägerschaft sowie Initiativen, Vereine, Bündnisse in freier Trägerschaft, aus dem Sozialbereich, der Integration, MSO, Ärzt\*innen und Therapeut\*innen, NTFN e.V. sowie Expert\*innen die mit der Arbeit von Gemeinschaftsunterkünften vertraut sind sollen in die Erarbeitung von Ausschreibungskriterien mit einbezogen werden
3. Die Einhaltung des Kinderschutzes, der UN-Kinderrechtskonvention, der Europäischen Kinderrechte und des UNICEF-Mindeststandards zu Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften sind regelmäßig, mindestens alle zwei Jahre, zu überprüfen

**Begründung**

Vulnerable Gruppen sind besonders gefährdet, Diskriminierungen und Gewalt zu erfahren. Zusätzliche Belastungen wie eine fremde Umgebung und Kultur, in der sich zurechtgefunden werden muss, Kriegs- und Fluchttraumata, das Zusammenleben mit vielen unterschiedlichsten Personen auf engem Raum, womöglich mit geteilten Gemeinschaftsräumen, stellen zudem weitere Herausforderungen dar, mit denen alle Geflüchteten sich konfrontiert sehen. Es ist daher

unerlässlich, dass Hannover als Landeshauptstadt und Sicherer Hafen sich endlich dem Thema „Schutz in Unterkünften“ annimmt und hier Konzepte und Lösungen für die vielfältigen Probleme geflüchteter Menschen bietet. Erste positive Schritte sind durch die Bevorzugung der Aufnahme von LGBTIQ\*-Geflüchteten oder auch die neuen Leichtbauhallen als Notunterkünfte bereits getan, nun ist es an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen und ein für alle Unterkünfte in Hannover gültiges Schutzkonzept vorzulegen, dessen Umsetzung dann im nächsten Schritt erfolgt.

Dr. Daniel Gardemin/Dr. Elisabeth Clausen-Muradian  
Fraktionsvorsitz